



## Protokoll der 15. Sitzung des Einwohnerrates

vom 14. März 2018, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 34 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Bürgin Peter (FDP), Faust Lisa (GL), Imsand Bruno (FDP), Reichenstein Daniela (FDP), Steinger Pia (CVP/EVP/GLP), Stoll Diego (SP)

### Traktanden

### Laufnummer

#### Traktandenliste

- ://: Der Rat stimmt einstimmig dem Änderungsantrag zu, dass die Traktanden Nr. 1 (Dringendes Postulat Nr. 2018/75 „Fussgängerbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“) und Nr. 4 (Postulat Nr. 2016/256 „Elefantenbrüggli“) erst nach der Pause behandelt werden.*
- 2018/75
- 2016/256
1. Protokolle vom 22.11.2017 und 20.12.2017  
*://: Die beiden Protokolle der Sitzungen vom 22. November 2017 und 20. Dezember 2017 werden einstimmig genehmigt.*
  2. Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2022 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)  
*://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2022 und den Stellenplan zur Kenntnis.*
  3. Wasser- und Abwasserreglement, Revision  
*://: 24 Ratsmitglieder sprechen sich dafür aus, dass die Vorlage Nr. 2018/73 an die Spezialkommission Wasser- und Abwasserreglement (WAK) zur Vorberatung überwiesen wird. Dem Gegenantrag der SP-Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die einwohnerrätliche Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) stimmen 8 Ratsmitglieder zu.  
://: Der Rat stimmt mit 21 Stimmen dem Antrag des Büros für die Bildung der Spezialkommission Wasser- und Abwasserreglement (WAK) mit 5 Mitgliedern zu. Der Antrag der SP-Fraktion, die Spezialkommission WAK mit 7 Mitgliedern zu besetzen, wird mit 11 Stimmen unterstützt.*
  4. Bauschutt und/oder Recycling - Interpellation „Entsorgung von Bauschutt und/oder Recycling von Dominique Meschberger der SP-Fraktion  
*://: Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*
  5. Fragestunde  
*In der Fragestunde werden vom Stadtrat 4 Fragen beantwortet.*

*Der Einwohnerrat stimmt dem Ordnungsantrag des BPK-Präsidenten Thomas Eugster (FDP) grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen zu, das Traktandum „Elefantenbrüggli“ (Nr. 2016/256) vor dem Dringlichen Postulat „Fussgänger Verbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“ (Nr. 2018/75) zu behandeln.*

6. Elefantenbrüggli - Bericht Bau- und Planungskommission (BPK) zum stadträtlichem Bericht betreffend Postulat „Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum - Elefantenbrüggli“ von Bruno Imsand der FDP-Fraktion 2016/256  
2016/256a  
2016/256b
- ://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht des Stadtrates zum Postulat „Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum - Elefantenbrüggli“ von Bruno Imsand der FDP-Fraktion.*
- ://: Gemäss den gleichlautenden Anträgen des Stadtrates und der BPK schreibt der Rat einstimmig bei 1 Enthaltung das Postulat Nr. 2016/256 als erfüllt ab.*
- ://: Einstimmig bei 2 Enthaltungen wird der vom Stadtrat beantragte Planungskredit von CHF 300'000.-- gemäss Antrag der BPK abgelehnt.*
7. Fussgänger Verbindung - Dringliches Postulat „Bessere Fussgänger Verbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“ der Bau- und Planungskommission (BPK) 2018/75
- ://: Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung die Dringlichkeit des Postulates und überweist den Vorstoss der BPK einstimmig an den Stadtrat.*
8. Bahnhofpaten - Postulat betreffend Bahnhof-Patenschaft von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2017/71
- ://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP) begrüsst die Anwesenden zur März-Sitzung und stellt fest, dass es sich nach der Absage der Ratssitzung vom 31. Januar 2018 um die erste Sitzung im Jahr 2018 handelt.

Nach den Wahlerwahrungen durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 23. Januar 2018 darf er heute speziell Stadtpräsident Daniel Spinnler und Stadträtin Marie-Theres Beeler begrüssen, welche im neuen Amt heute erstmals hier im Einwohnerrat präsent sind.

Er kann feststellen, dass im Moment 27 Ratsmitglieder anwesend sind und der Einwohnerrat grundsätzlich beschlussfähig ist. Wegen einem Unfall ist die Autobahn total gesperrt und deshalb werden einige Ratsmitglieder erst mit Verspätung zur Sitzung erscheinen. Er stellt deshalb den Ordnungsantrag, dass der Sitzungsbeginn auf 17.15 Uhr verschoben wird.

://: Dem Ordnungsantrag des Präsidenten wird grossmehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen zugestimmt.

[ Unterbruch der Sitzung von 17.00 - 17.15 Uhr ]

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Nach dem Sitzungsunterbruch kann der Ratspräsident um 17.15 Uhr die Sitzung zum zweiten Mal eröffnen und bekannt geben, dass zwischenzeitlich 31 Ratsmitglieder präsent sind.

- Das von Meret Franke (GL) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 05. März 2018 wird verlesen und die geleisteten Arbeiten der letzten 10 Amtsjahre inklusive dem Amtsjahr 2015/2016 als Einwohnerratspräsidentin bereits an dieser Stelle verdankt. Die offizielle Verabschiedung wird dann beim Amtsjahrschlussessen vom 27. Juni 2018 durch ihre Fraktion erfolgen.
- Die Einladungen für den diesjährigen Einwohnerratsausflug vom 18. Mai 2018 sind heute als Tischpapier verteilt worden. Die Ratsmitglieder werden gebeten, ihre An- oder Abmeldungen bis spätestens 25. April 2018 an Vizepräsident und Organisator Peter Küng zu retournieren.
- Interessierte Ratsmitglieder, welche am Tag der Städtepartnerschaften vom 21. April 2018 in unserer Partnerstadt Waldkirch teilnehmen möchten, wollen sich bitte beim Ratspräsidenten melden.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosa
- ER-Vorlage Nr. 2018/76 (neuer Vorstoss)
- Einladung ER-Ausflug vom 18. Mai 2018

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Begrünung Bahnhof - Postulat „Begrünung des Bahnhofs Liestal bei bestehenden und künftigen Bauten“ von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/76)

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP)    | Seite A (SP, GL)                       |
| - Fischer Werner (FDP)  | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Quensel Marianne (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Fraktionen und den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

## **Traktandenliste**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob zur Traktandenliste der heutigen Sitzung Wortbegehren angemeldet werden.

Patrick Mägli (SP) erklärt, dass BPK-Präsident Thomas Eugster anscheinend noch immer im Stau auf der Autobahn steckt und deshalb stellt er den Änderungsantrag, dass die beiden Geschäfte „Fussgängerverbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“ (dringendes Postulat Nr. 2018/75) und „Elefantenbrüggli“ (Postulat Nr. 2016/256) erst nach der Pause behandelt werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und er deshalb über diesen abstimmen lässt.

**://:** Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

**120 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Protokolle vom 22.11.2017 und 20.12.2017**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den beiden letzten Sitzungsprotokollen eingegangen sind und dieses deshalb dem Rat die Genehmigung der Protokolle vom 22. November 2017 und 20. Dezember 2017 beantragt.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokolle der Ratssitzungen vom 22.11.2017 und 20.12.2017 werden vom Rat einstimmig genehmigt.

**121 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2022 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2017/62)**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert, dass das Büro dieses Geschäft nach folgendem Ablauf behandeln möchte:

- a) Eintreten
- b) Bericht FIKO (Nr. 2017/62a)
- c) Bericht BPK (Nr. 2017/62b)
- d) Bericht SBK (Nr. 2017/62c)
- e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- g) Einzelredner: Stellungnahmen
- h) Anträge

**a) Eintreten**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden und das Eintreten unbestritten ist.

**b) Bericht FIKO (Nr. 2017/62a)**

Fabian Eisenring (SP) hält im Zusammenhang mit dem FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/62a nochmals die wichtigsten Punkte fest: Auch der FIKO ist es ein sehr grosses Anliegen, dass die Ausgleichs-Initiative vom Stadtrat weiterhin gepuscht wird, liegt doch Liestal stark über dem Durchschnitt der Sozialhilfequote der anderen Gemeinden und durch die massiv gestiegenen Aufwendungen im Sozialhilfebereich hat man keinen Handlungsspielraum mehr. Dies führt dann letztlich zur Erhöhung des Fremdkapitals. Als weitere Schwerpunktthemen sind die Förderung des Wirtschaftsstandortes Liestal, die Steuererträge, die Pflegekosten im Alter, die Investitionen sowie die Pensionskasse geprüft worden. Die FIKO unterstützt einstimmig die beiden stadträtlichen Anträge und bedankt sich beim Stadtrat sowie der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit bei der Prüfung des EP 2018-2022.

**c) Bericht BPK (Nr. 2017/62b)**

Patrick Mägli (SP) stellt als Vizepräsident der BPK den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2017/62b vor, da BPK-Präsident Thomas Eugster noch immer im Stau steckt. Dem Vier-spurausbau-Projekt wurde in der Kommissionsberatung relativ viel Zeit gewidmet. Dazu wird die BPK in einer separaten Vorlage noch detaillierter zur stadträtlichen Vorlage Nr. 2018/72 Stellung nehmen. Beim Bereich Hochbau hatte man festgestellt, dass verschiedene Schulraum-Projekte nach hinten verschoben wurden und beim Gestadeckschulhaus noch kostengünstigere Varianten geprüft werden. Wichtig ist einfach, dass der benötigte Schulraum rechtzeitig zur Verfügung steht. Betreffend den Themen im Bereich Tiefbau und Verkehr sowie Energie, Betriebe und den Spezialfinanzierungen wird auf die Feststellungen im BPK-Bericht verwiesen.

**d) Bericht SBK (Nr. 2017/62c)**

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt als SBK-Vizepräsidentin im Zusammenhang mit dem SBK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/62c fest, dass die Kommission von verschiedenen Herausforderungen des Sozial- und auch Bildungsbereiches Kenntnis bekommen hatte. Im Bereich Soziales hatte man sich mit den Sozialhilfekosten, der Asylquote sowie verschiedenen Themen im Altersbereich befasst. Beim Bereich Bildung hatte man sich insbesondere mit der Schulraumplanung, den schulergänzenden Tagesstrukturen, der Schulsozialarbeit sowie speziellen Förderung an der Primarschule befasst.

**e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die positive Aufnahme des EP 2018-2022 in den vorberatenden Kommissionen. Die übergeordneten Ziele und strategischen Schwerpunkte des Stadtrates für die nächsten Jahre sind auf den Seiten 15 und 16 der stadträtlichen Vorlage aufgeführt. Zentral ist das Vorantreiben einer nachhaltigen Wachstumsstrategie und dafür braucht es finanzielle Mittel, welche wiederum dank einer Attraktivitätssteigerung Liestals mit zusätzlichen Einwohnern und der Ansiedlung neuer Unternehmungen generiert werden sollen. Angezielt wird eine Selbstfinanzierung von 6 Mio. Franken. Weitere grössere Investitionen für die Schulraumbauten und weiterer Projekte stehen an, wofür man möglichst keine Fremdmittel aufnehmen möchte, obwohl die Zinsen nach wie vor auf einem tiefen Niveau sind. Im Zusammenhang mit der Ausgleichs-Initiative hofft man auf einen guten Gegenvorschlag der landrätlichen Finanzkommission, ansonsten man sich halt auf einen Abstimmungskampf einstellen müsste. Die Gemeinden haben immer mehr Kosten im Altersbereich usw. zu tragen, wovon schlussendlich hauptsächlich der Kanton profitiert und die Gemeinden werden sich gegen solche finanzielle Mehrbelastungen künftig vermehrt wehren müssen. Die Pensionskasse kann zwar im 2017 ein erfreuliches Ergebnis ausweisen, doch ist die finanzielle Zukunft der PK nach wie vor ungewiss. Bei den Spezialfinanzierungen müssen die Investitionen im Wasserbereich gestreckt und etappiert werden, damit es zu keiner Schieflage in der Wasserkasse kommt.

**f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

Dominic Odermatt (FDP) äussert, dass sich seine Fraktion den positiven Fazits der vorberatenden Kommissionen anschliessen kann und den Anträgen ebenfalls zustimmen wird. Die im EP gemachten Annahmen sind sehr plausibel und auch die strategischen Schwerpunkte des Stadtrates werden unterstützt. Die Wachstumsstrategie und die angespannte Finanzlage dürften die Hauptthemen der nächsten Jahre sein. Die Wachstumsstrategie ist nicht ganz gratis und ist auch mit Folgekosten verbunden, deshalb muss man sich wohl auch auf Investitionen beschränken, welche unbedingt nötig sind. Auch werden die Bestrebungen des Stadtrates im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative befürwortet und unterstützt, denn die überproportionale Belastung von Liestal als Zentrumsgemeinde führt schlussendlich unweigerlich zu massiven finanziellen Einschnitten Liestals. Das Ziel eines langfristigen Gleichgewichtes wird mit dem vorliegenden Entwicklungsplan sicher ausgewiesen.

Benjamin Holinger (GL) erklärt, auch die Grüne Fraktion habe den Entwicklungsplan ziemlich intensiv diskutiert. Es kann von einem sehr guten EP gesprochen werden und die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung bei der Vorberatung desselben habe man sehr gut empfunden. Auch habe man den Finanzchef-Wechsel im Stadtrat kaum gemerkt. Bei den Sozialhilfekosten geht es ja nicht um die Höhe, sondern um die Verteilung derselben, weshalb man den Stadtrat bei der Ausgleichsinitiative unterstütze. Auch macht es Sinn, dass man bei den Steuereinnahmen mit einer Teuerung rechne, doch tut man dies bei den Personalkosten nicht, weshalb er persönlich dazu schon ein Fragezeichen setzen möchte.

Es ist erfreulich, dass die Schulsozialarbeit und familienergänzende Tagesstrukturen im Bildungsbereich wichtige Angebote sind und diese auch gut genutzt werden. Auch findet man es gut, dass die frühe und spezielle Förderung an der Primarschule positiv aufgenommen wird und erfolgreich ist. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung würde es sicher Sinn machen, wenn der Stadtrat im nächsten EP seine Strategie aufzeigen würde, damit diese dann vom Einwohnerrat auch unterstützt werden könnte. Auch eine mögliche Weiterentwicklung der kantonseigenen Grundstücke in Liestal sollte etwas ausführlicher thematisiert werden, damit der Stadtrat durch den Einwohnerrat ebenfalls unterstützt werden könnte. Im Zusammenhang mit den Altersfragen werden die Gemeinden sich künftig vermehrten Herausforderungen stellen müssen und eine längerfristige Sichtweise über die Planungsperiode des EP hinaus wäre sicher dienlich. Im EP fehlt seiner Fraktion ein Kapitel, in welchem Umweltschutz und Nachhaltigkeit thematisiert werden. Seine Fraktion steht hinter dem vorliegenden Entwicklungsplan und wird auch den Anträgen zustimmen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GL) orientiert, dass er namens der Mittefraktion doch auf einige Kontrapunkte des EP 2018-2022 hinweisen möchte. Einmal mehr sind auch im vorliegenden EP die kurzfristigen Prognosen schlecht, diese werden wiederum gegen Planungsperiodenende wesentlich besser. Entgegen früheren EP-Annahmen steigt die Einwohnerzahl langsamer als angenommen. Der Aufwand der Einwohnerkasse steigert sich markant um 13 % innert der nächsten 5 Jahre auf 51,8 Mio. Franken und dies hat nicht alleine mit den Sozialhilfekosten zu tun. Auch seine Fraktion steht voll und ganz hinter der Ausgleichs-Initiative, doch unabhängig davon sollte sich der Stadtrat zusammen mit den umliegenden Gemeinden nach Lösungen umsehen. Erst ganz am Schluss der Planperiode rechnet der Stadtrat damit, dass es zu keinem weiteren Schuldenaufbau kommt. Die Schuldzinsen wurden in der Vergangenheit sehr volatil prognostiziert und so schwanken diese stark von 2 % gemäss EP 2016-2020 bis zu 0,6 % im EP 2018-2022. Bei 60 Mio. Franken an Schulden dürfte sich eine Abweichung von 1 % höheren Schuldzinsen massiv auf die Finanzen von Liestal auswirken. Es ist wohl nicht richtig und umsichtig geplant, wenn man von einer jährlichen Teuerung von 1 % ausgeht und diese Teuerung bei den Personalkosten aber nicht eingerechnet wird. Und so hat seine Fraktion doch einige Bedenken, dass die Lösung ausschliesslich beim Wachstum liegen kann. Seine Fraktion nimmt den EP 2018-2022 einstimmig zur Kenntnis, dies jedoch mit einem deutlich erhobenen Warnfinger.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass der EP 2018-2022 von 3 Kommissionen und somit von total 23 Mitgliedern sowie 15 Ersatzmitgliedern vorberaten wurde. Das Wichtigste der Beratungen kann man in den umfangreichen Kommissionsberichten nachlesen. Und so möchte er ergänzend zu den vorgängigen Votanten einzig noch erwähnen, dass es nicht gut ist, wenn nötige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden, nur damit man gute Rechnungsabschlüsse vorweisen kann. Er möchte an die frühere „Motion Fluri“ erinnern und davor warnen, dass man Schulden für die künftigen Generationen aufbaut. Seine Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen.

Marianne Quensel (SP) findet, dass auch sie auf Wiederholungen verzichten möchte, zumal dem Rat ein gut lesbarer und professionell gestalteter Finanzplan vorgelegt wurde. Er zeigt auf, wo die Ressourcen eingesetzt werden und wo der Schuh drückt, was im Falle von Liestal die hohen Sozialhilfekosten sind. Auch ihre Fraktion macht sich deshalb für die Unterstützung der Ausgleichsinitiative stark und hofft, dass diesbezüglich bald einmal etwas passiert. Auch heute wird fast nur über Kosten diskutiert und dabei sollten die davon betroffenen Menschen nicht vergessen bleiben. Liestal wächst zwar etwas langsamer als angenommen, doch der Stellenplan soll auch in den nächsten fünf Jahren keine Anpassung erfahren. Und irgendwann reicht wohl ein reines Dankeschön wohl nicht mehr für diejenigen Personen und Mitarbeitenden, welche zum Wachstum Liestals beitragen. Mit dem Glauben an eine Stadt mit Zukunft und hohen Wohnqualität wird auch ihre Fraktion den Anträgen zustimmen.

**g) Einzelredner: Stellungnahmen**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecher mehr zum Entwicklungsplan 2018-2022 äussern möchten.

**h) Anträge**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus der Ratsmitte angemeldet werden und er deshalb über die beiden stadträtlichen Anträge abstimmen lässt, welche von allen drei einwohnerrätlichen Kommissionen FIKO, BPK und SBK unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2022 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat den Stellenplan zur Kenntnis.

**122 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Wasser- und Abwasserreglement, Revision (Nr. 2018/73)**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft vom Rat nicht bestritten wird.

Die Fraktionspräsidenten sowie das Büro beantragen dem Rat, dass die stadträtliche Vorlage der Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Pascale Meschberger (SP) verliert den Gegen-Antrag der SP-Fraktion, mit welchem die Überweisung der Vorlage an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) verlangt wird. Ihre Fraktion ist der Überzeugung, dass die GOR die parlamentarisch legitimierte Kommission ist, genau solche Geschäfte vorberaten zu können. Es muss kein Aufwand zur Bildung einer Spezialkommission betrieben werden und aus der Gemeinschaft aller politisch gewählten Ratsmitglieder eine Hierarchie zu bilden. Das Geschäft ist auch sauber vorbereitet worden, für die Beurteilung der stadträtlichen Vorlage sind keine weiteren Experten nötig und es bedarf nur einer politischen Beurteilung. Auch würde man es als einen gewissen Affront gegenüber den GOR-Mitgliedern empfinden, wenn die Vorlage nicht an die GOR überwiesen würde. Die Ratsmitglieder werden um die Unterstützung des Antrages der SP-Fraktion gebeten.

Werner Fischer (FDP) erstaunt den Antrag der SP-Fraktion schon etwas, ist doch die Bildung der WAK-Kommission vom Büro und Fraktionspräsidenten an einer gemeinsamen Sitzung beraten und von allen gutgeheissen worden. Bei dieser Sitzung war die SP-Fraktion mit zwei Mitgliedern vertreten und die FDP-Fraktion hatte ihren Anspruch auf das WAK-Präsidium gar zurückgestellt. Heute wird nun hier im Saal eine ganz andere Meinung von den Antragstellern vertreten und er habe schon eine etwas andere Vorstellung von einem effizienten und geordneten Ratsbetrieb. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Büros und der Fraktionspräsidenten für eine Überweisung an die WAK-Spezialkommission.

Michael Durrer (GL) bemerkt, dass in seiner Fraktion die Argumentation der SP-Fraktion durchaus auch Befürworter fand, man sich aber schlussendlich doch für die Unterstützung des Büro-Antrages ausgesprochen hatte.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: 24 Ratsmitglieder sprechen sich dafür aus, dass die Vorlage Nr. 2018/73 an die Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) überwiesen wird. Dem Gegenantrag der SP-Fraktion für eine Überweisung der Vorlage Nr. 2018/73 an die einwohnerrätliche Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) stimmen 8 Ratsmitglieder zu.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass der Rat nun über den Antrag der Fraktionspräsidenten sowie des Büros zu beschliessen hat, dass gemäss § 27 des Geschäftsreglementes eine Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) bestimmt wird und diese aus 5 Mitgliedern bestehen soll.

Pascale Meschberger (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Gegen-Antrag stellt, dass die WAK aus 7 Mitgliedern bestehen soll, denn das wäre immer noch eine übersichtliche Gruppe und würde auch die Fraktionsstärken besser widerspiegeln.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 22 Stimmen für die Bildung einer Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) mit 5 Mitgliedern zu.  
Der Antrag der SP-Fraktion für die Bildung einer Spezialkommission „Wasser- und Abwasserreglement“ (WAK) mit 7 Mitgliedern wird von 11 Ratsmitglieder unterstützt.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kann betreffend dem weiteren Vorgehen darüber informieren, dass das Büro gemäss § 27 Abs. 3 des Geschäftsreglements die WAK-Mitglieder an der nächsten Büro-Sitzung vom 19. April 2018 noch wählen wird, da beim Ratspräsidium nicht alle Wahlvorschläge vorgängig der heutigen Sitzung eingegangen sind.

**123 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Bauschutt und/oder Recycling - Interpellation „Entsorgung von Bauschutt und/oder Recycling“ von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2017/69)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Dominique Meschberger  
SP-Fraktion*

*23. November 2017*

*Interpellation*

***Entsorgung von Bauschutt und/oder Recycling***

*An der Versammlung der Bürgergemeinde Liestal vom 20. November 2017 wurde ein Projekt zur Erweiterung der bestehenden Inertstoffdeponie Höli vorgestellt. Dabei war zu erfahren, dass das bestehende Deponievolumen bereits in 10 Jahren aufgefüllt sein wird. Bei der Inbetriebnahme 2010 ging man von einem Zeitraum von 40 Jahren aus.*

*Das bestehende und bewilligte Volumen der Deponie Höli beträgt 3 Millionen Kubikmeter. Die Erweiterung soll, gemäss Aussagen der Bürgergemeinde ein Mehrfaches davon betragen. Selbstverständlich mit entsprechenden Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft.*

*Dass die rege Bautätigkeit eine Zunahme von Bauschutt zur Folge hat, ist unbestritten. Ob aber zur Minimierung und damit zum sparsamen Umgang mit dem begrenzten Deponieraum alles unternommen wird, scheint uns fraglich. Fragwürdig scheint uns auch, ob eine auf Gewinn orientierte Betreibergesellschaft (die Deponie Höli AG) überhaupt ein Interesse daran haben kann, das anfallende Volumen zu begrenzen.*

*Anderer Kantone machen es vor. So arbeitet z.B. der Kanton Solothurn mit einer Baustoffrecycling- Strategie und konnte damit 85% des anfallenden Volumens der Wiederverwertung zuführen.*

*Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:*

- Ist der Stadtrat der Meinung, dass die übergeordneten Vorgaben (des Kantons) ausreichend sind?*
- Welche Massnahmen stehen der Stadt Liestal zur Verfügung um die Bauschuttmenge zu minimieren?*
- Ist es denkbar, dass für stadteigene Bauprojekte (Hoch- und Tiefbau) nur noch rezyklierte Baustoffe verwendet werden dürfen?*
- Ist es denkbar, dass in Quartierplänen zwingend vorgeschrieben wird, dass ein bestimmter Anteil des Abbruchmaterials wieder verwendet werden muss?*

*Dominique Meschberger*

\* \* \* \* \*

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die eingereichte Interpellation und stellt fest, dass Auslöser des Vorstosses ja die Deponieerweiterung Höli durch die Bürgergemeinde ist. Der Deponieraum ist sehr knapp und deshalb wird von der Interpellantin ja auch die Wiederverwendung des anfallenden Materials thematisiert, werden doch in anderen Kantonen gegen 90 % des anfallenden Volumens der Wiederverwertung zugeführt. Die Erweiterung der Deponie Höli wird auch den Einwohnerrat im Zusammenhang mit der dafür notwendigen Zonenplanänderung beschäftigen. Die spezifischen Fragen der Interpellantin kann er wie folgt beantworten: Basierend auf der gesetzlichen Vorgabe des Bundes haben die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt gemeinsam eine Abfallplanung vorangetrieben, welche im 2017 verabschiedet wurde. Darin ist beispielsweise die Aussage formuliert, dass mit der Baubranche und betroffenen Stellen eine Strategie zur Optimierung der stofflichen Verwertung von Bauabfällen und dem Einsatz von Recyclingbaustoffen entwickelt und umgesetzt werden soll. Neben dieser Willenskundgebung wird in einem Kernsatz auch festgehalten, dass die beiden Kantone eine Vorbildfunktion hinsichtlich dem Einsatz von Recyclingbaustoffen im

Hoch- und Tiefbau übernehmen. Solche Absichtserklärungen stehen natürlich in einem Widerspruch zu den Bestrebungen der beiden Kantone, ein möglichst grosses Deponievolumen zur Verfügung stellen zu wollen. Eine Minimierung der Bauschuttmenge kann wohl damit erzielt werden, indem bestehende Bauten möglichst lange erhalten werden und kein Abriss nötig ist. So wurde beispielsweise beim kürzlichen Frenken-Schulhausbau ein Rückbau auf das Notwendigste reduziert. Bei den bevorstehenden Bauarbeiten beim Kindergarten Frenke wird man mit einer Holzkonstruktion arbeiten. Beim kürzlichen Rathausstrassen-Neubau ist das Aushubmaterial aufbereitet und wiederverwertet worden. Bei der Verwendung von rezyklierten Baustoffen bei stadteigenen Bauvorhaben kommt man in den Clinch hinsichtlich der Preise bei den Vergabungen, da solche Baumaterialien viel teurer sind und der Recyclingbaustoffmarkt auch noch gar nicht richtig funktioniert. Es ist schwierig, bei Quartierplanungen weitere Vorschriften hinsichtlich der Wiederverwendung von Abbruchmaterial machen zu können, zumal solche Auflagen beispielsweise auch schwierig kontrolliert werden können. Die BPK war bei den Quartierplanungen der letzten Jahre sehr fokussiert auf Energie- und Verkehrsfragen, weshalb beispielsweise das Thema Recycling wohl etwas zu kurz gekommen ist. In der Schweiz fallen jährlich 15 Mio. Tonnen an Bauschutt an und so ist er persönlich der Meinung, dass mit der Erweiterung der Deponie Höli zwingend auch Recyclingsfragen abgehandelt werden. Die Basellandschaftliche Zeitung hatte über die geplante Höli-Erweiterung informiert und festgestellt, dass es sich bei der Deponie Höli um ein ökologisches Vorzeigeprojekt handelt. Und nur weil man eine Deponie nicht sieht und/oder als störend empfindet, kann man wohl kaum von einem ökologischen Vorzeigeprojekt sprechen.

Dominique Meschberger (SP) erklärt als Interpellantin, dass sie die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat nicht bestritten wird.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Interpellantin für die ausführlichen stadträtlichen Antworten und führt aus, dass sie mit diesen inhaltlich nicht zufrieden ist. Froh ist sie natürlich darüber, dass bei stadteigenen Projekten bereits heute Beiträge zur Bauschuttvermeidung und -wiederverwertung geleistet werden. Im Moment herrscht überall ein grosser Bauboom und sie ist der Meinung, dass leider mehrheitlich dem Abriss und nicht den Renovierungen der Vorzug gegeben wird. Im Recycling-Bereich läuft einiges, doch ausgerechnet im Bauschuttbereich passiert noch zu wenig, obwohl da die grössten Mengen anfallen. Der Markt spielt halt aber noch zu wenig und rezykliert wird meistens nur dann, wenn es sich finanziell lohnt. Es muss alles getan werden, damit die Bauschuttmengen möglichst gering gehalten werden können. Und es ist schon beinahe grotesk, dass das Geschäft mit der Deponie Höli gut läuft, weil dort deponiert und nicht oder nur wenig rezykliert wird. Der Bauschutt verschwindet ja nicht wirklich und belastet die Umwelt und Natur auf Liestaler-Boden. Auch der Einwohnerrat sollte sich im Interesse von Liestal Gedanken darüber machen, welches Vorgehen für uns zukunftsgerichtet sowie nachhaltig ist und ob die Deponie Höli wirklich ein wünschenswertes Denkmal sein soll oder nicht.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) hält fest, dass nicht alle Inertstoffe rezykliert werden können und Recycling-Beton darf nach gültigen Bauvorschriften nicht für Kunstbauten verwendet werden. Es ist natürlich schon so, dass die Bürgergemeinde Liestal einen Gewinn aus dem Betrieb der Deponie Höli erwirtschaftet. Die Aktiengesellschaft bzw. Betreiberin der Deponie Höli bezahlt jährlich auch rund eine halbe Million Steuern an Liestal. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Bürgergemeinde letztes Jahr der Stadt auch einen Betrag von 1,37 Mio. Franken zu Gunsten des Gitterlibades zugesprochen hatte. Betreffend dem ökologischen Aspekt der Deponie Höli weist er darauf hin, dass diese in einem schmalen Tal mit wenig Licht liegt, welches betreffend der Tier- und Pflanzenwelt doch eher bescheiden ist. Im Zusammenhang mit der Standortbestimmung der Deponie sind Studien erstellt und diverse Verbände konsultiert worden. Die Erweiterung der Höli-Deponie hängt auch damit zusammen, dass in einer Referendumsabstimmung eine geplante Deponie im Laufental abgelehnt wurde und der Kanton sich nach anderen Lösungen umsehen musste. Das letzte Wort hat

natürlich immer die Standortgemeinde bei neuen Deponien und so ist auch in Liestal Nutzen und Ertrag abzuwägen. Wohl die wenigsten Einwohner von Liestal wissen etwas von der Deponie Höli oder bekommen vom Betrieb derselben etwas mit, da es beispielsweise keine Immissionen, Lärm sowie Verschmutzungen im Abwasser usw. gibt. Deshalb kann die Deponie Höli doch schon als Vorzeige-Deponie bezeichnet werden. Die Bürgergemeinde hat Massnahmen ergriffen und die Deponiegebühren massiv erhöht, trotzdem ist diese in unserer Region wegen den kurzen Anfahrtswegen begehrt. Die Deponie Höli sollte nicht zu einem roten Tuch werden, geht doch die Bürgergemeinde mit dieser sehr sorgfältig um.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) dankt der Interpellantin dafür, dass das Umwelt-Thema mit ihrem Vorstoss thematisiert wird. Es ist die Pflicht der Einwohner- und auch Bürgergemeinden, alles Mögliche zum Umweltschutz beizutragen, denn was global gelingen soll, muss lokal beginnen. Im Landwirtschaftsgebiet hat wegen Gifteinsätzen usw. die Biodiversität bereits massiv abgenommen und nun geht es mit den unsäglichen Auswirkungen der Holzkraftwerke, drohenden grösseren Eingriffen mit Windkraftanlagen sowie Deponien mit weiteren Bedrohungen im Wald weiter. Die Deponie Höli 2 soll 5-mal grösser als die erste Deponie Höli werden und mit der Erhöhung des Deponie-Angebotes wird auch die Nachfrage steigen. Beeinflussbar ist dieser Umstand wohl nur über finanzielle Steuerungen, indem die Deponiegebühren so hoch angesetzt werden, dass sich beispielsweise ein Recycling von Bauschutt rentiert. Die natürliche Landschaft wird in einem grossen Bereich zerstört und muss einer menschengeschaffenen Struktur weichen. Und das von seinem Vorredner erwähnte Täli war tatsächlich ein Feuchtgebiet und nachdem dieses aufgefüllt wurde, wird dieses schlussendlich zu einem Hügel und Trockenstandort. Er findet es nicht gut, dass die Menschen immer glauben, ihre Ziele hätten Priorität und die Umwelt müsse sich immer fügen. Auch mit einem guten ökologischen Ausgleich wird die Deponie Höli einen total anderen Charakter haben als heute. Die Deponie Höli 2 ist bis 2060 geplant und die Beeinträchtigungen für Erholungssuchende, die Fauna usw. werden für die nächsten 40 Jahre massiv sein. Primär und zwingend sollte deshalb die Menge an anfallendem Bauschutt vermindert und recycelt werden, damit die zu deponierenden Mengen auf ein Minimum reduziert werden können.

Michael Durrer (GL) führt aus, dass seine Fraktion froh darüber ist, dass mit dem Vorstoss dieses Thema nun auch hier im Rat zur Sprache kommt. Die Tatsache, dass die erste Deponie früher als erwartet voll sein wird und auch das Thema Abfallvermeidung sind nicht die einzigen Aspekte, die in der Grünen Fraktion im Fokus stehen. Beim Votum des SVP-Fraktionssprechers war ihm nicht ganz klar, ob dieser nun hier im Saal die Interessen als Bürgerrat oder als Einwohnerrat vertreten hatte. Der Bürgerrat hat einen Blankoscheck für die Deponieerweiterung von der Bürgergemeindeversammlung erhalten, doch bei diesem Thema ist die gesamte Bevölkerung Liestals betroffen, welche wiederum vom Einwohnerrat vertreten werden. Die Diskussion hier im Saal im heutigen Zeitpunkt macht Sinn, denn wenn es um die Umzonung geht, dürfte es wohl schon etwas zu spät sein. In der Zeitung konnte man lesen, dass die Bürgergemeinde im 2017 mit der Deponie und Höli rund 6,7 Mio. Franken verdient hatte, weshalb der Schreibende die Deponie auch als wahre Goldgrube bezeichnet hatte. Rund 16,5 Prozent der Liestaler-Einwohnerschaft sind Ortsbürger, welche von solchen Gewinnen profitieren können, betroffen von der Deponie-Erweiterung sind aber alle Einwohnerinnen und Einwohner Liestals. Der Wald gehört als Lebensraum allen Leuten, auch wenn die Bürgergemeinde Eigentümerin des Bodens ist. Er tut sich recht schwer damit, dass die Steuerzahlungen sowie der Gitterli-Beitrag der Bürgergemeinde der Deponieerweiterung gegenüber gestellt werden, besteht doch ein Ungleichgewicht im Verhältnis zwischen der Einwohner- und Bürgergemeinde. Sein Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen die Deponieerweiterung, aber man wird genau auf die weitere Entwicklung schauen, denn wenn die Stadt Liestal und seine Bevölkerung einen Beitrag dazu leisten, soll vom Mehrwert nicht nur die Bürgergemeinde, sondern die gesamte Einwohnerschaft profitieren können. Der Stadtrat wird dazu ermuntert, die Anliegen von Liestal mutig einzubringen und auch gegenüber dem Kanton Forderungen zu stellen. Seine Fraktion will die Deponie nicht um jeden Preis, sondern möchte eine Lösung, welche die Liestaler-Bevölkerung eine stimmige Sache ist.

Karin Jeitziner (FDP) äussert, sie wolle mit ihrem Votum die Interessen des Bürgerrates und auch des Einwohnerrates vertreten. Die Interpellation hat es gebraucht und sie finde den Vorstoss eine gute Sache. Beim Vorstoss geht es ja nicht darum, ob die Bürgergemeinde mit der Deponie eine goldene Kuh habe, sondern Thema des Vorstosses ist die Ökologie. Sie kann als Bürgerrätin nicht im Detail über Zahlen informieren, doch ist es schon so, dass die Deponiegebühren stetig erhöht werden und die Deponie Höli dennoch sehr gefragt ist. Die Vorreiterrolle der Stadt bei stadt eigenen Projekten könnte auch ein gutes Beispiel für den Kanton sein, welcher vermehrt Recyclingmaterial verwenden könnte. Auch hat es der Kanton in der Hand, welcher Bauschutt rezykliert muss und welcher Bauschutt in Deponien geführt werden muss. Auch als Bürgerrätin wird sie sich dafür einsetzen, dass die Ökologie nicht verloren geht. Sicher ist es ein schöner Nebengeschmack, wenn die Stadt Liestal von den Deponieeinnahmen der Aktiengesellschaft und Bürgergemeinde mittels Steuern und Beiträgen an das Gitterlibad profitieren kann und auch der Bürgerrat wird ein Augenmerk darauf haben, dass vermehrt rezykliert wird.

Beat Gränicher (SVP) findet, die Pfeile der Grünen gegen die bürgerlichen Parteien nicht ganz fair, denn auch die SVP-Fraktion war sehr über den Vorstoss der SP-Fraktion froh, damit das Thema nun einmal hier im Rat diskutiert werden kann. Es sind sich sicher alle Fraktionen einig, dass in dieser Richtung etwas unternommen werden muss. Hans Rudolf Schafroth wurde als Fraktionssprecher bestimmt, weil er als Bürgerrat bei diesem Geschäft am besten belesen ist. Es ist wichtig, dass alle Parteien bei diesem Geschäft am gleichen Strick ziehen.

Thomas Eugster (FDP) äussert, dass es im Kanton bereits 20 Firmen gibt, die rezyklieren. Es könnte noch mehr rezykliert werden, doch muss das Endprodukt dann auch Abnehmer finden. Dass nicht mehr Recyclingmaterial verkauft werden kann, hat verschiedene Gründe. Recyclingmaterial hat einerseits ein Imageproblem und neue Baumaterialien sind halt meistens günstiger. Eine Preiskorrektur wäre wohl nur mit der Einführung einer neuen Gebühr möglich, was dann aber wiederum zu höheren Baukosten führen würde. Auch müsste eine Ökobilanz erstellt werden, denn auch das rezyklieren von Baumaterialien benötigt Energie. Ein vermehrtes Recycling macht durchaus Sinn, doch müsste der Ansporn vom Kanton kommen. Dem Kanton fehlt es an Deponie-Standorten für Aushubmaterial und Inertstoffe, weshalb eine Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus wichtig ist. Die Deponie Höli ist unter Berücksichtigung der Anfahrtswege, Immissionen usw. halt schon ein hervorragender Standort im Vergleich zu anderen möglichen Deponien, deshalb ist die geplante Deponie-Erweiterung sicher auch nachvollziehbar.

Meret Franke (GL) findet, dass sie verschiedene Aussagen von Hans Rudolf Schafroth schon etwas aufgeschreckt haben und sie froh darüber sei, dass Rolf Gutzwiller auf einige Punkte bereits eingegangen ist. So ist auch sie der Meinung, dass selbst ein schattiges Täli einen Naturwert hat und Lebensraum ist. Mit Deponien werden solche Täler aufgefüllt und diese werden dann gar zu Bergen, wie dies das Beispiel Lindenstock zeigt. Die Erweiterung der Deponie Höli beeinflusst die Bevölkerung Liestal schon und verändert auch unsere Landschaft.

Michael Durrer (GL) bemerkt, er wollte auf keinen Fall irgendwelche Pfeile gegen die bürgerlichen Parteien abschiessen. Er habe das Votum von Hans Rudolf Schafroth als Werbespot der Bürgergemeinde empfunden und wollte nur darauf hinweisen, dass das Verhältnis zwischen der Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde Liestal schon ein Thema ist. Seine Fraktion spreche sich ja nicht grundsätzlich gegen Deponien aus. Sollte aber die Bürgergemeinde eine solche Deponie befürworten, so müsste auch die Stadt in den Prozess einbezogen werden, um die Interessen der Liestaler-Bevölkerung auch gegenüber dem Kanton vertreten zu können.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass das Thema Deponie Löli schon alle beschäftige und diesbezüglich nächste Woche auch ein Gespräch mit der Bürgergemeinde stattfinden wird, um eine Auslegeordnung machen zu können. All die Fakten müssen nun zusammengetragen werden, denn die Deponie hat bestimmte Vorteile bezüglich der Erschliessung. Das Ausmass der ersten Etappe mit rund 3,5 Mio. Kubikmeter ist aktuell schon sehr gut seh- und abschätzbar, die Auswirkungen der zusätzlichen 20 Mio. Kubikmeter sind schon enorm und der massive Eingriff in die Landschaft wird auch aus der Ferne gut sichtbar sein.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass betreffend der Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2017/69.*

**124 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Fragestunde**

**1. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Kantonspolizei-Präsenz in Rathausstrasse**

Die fast tägliche Polizeipräsenz von zwei Polizisten in der Rathausstrasse verunsichert die Bevölkerung. Man fragt sich, wird jemand gesucht, ist etwas geschehen, muss das Städtli so gesichert werden. Dabei geht es nur darum, dass die Anlieferungszeiten, etc. beachtet werden. Mich würde interessieren, sind Spezialbewilligungen nach 11.00 Uhr möglich, z.B. für die Spitex, und/oder wäre das Erstellen eines Pollers nicht einfacher und billiger?

*Stadträtin Regula Nebiker: Die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton ist auch bei den kürzlichen Abklärungen der GPK thematisiert worden. Auch beim heutigen Runden Tisch ist vom Kanton bestätigt worden, dass das Liestaler-Modell gut funktioniert. Bestandteil der erwähnten Leistungsvereinbarung sind auch die Patrouillen durch zwei Polizisten. Die Polizei soll sichtbar sein, denn deren Wahrnehmung ist eine wichtige Funktion betreffend der Sicherheitswahrnehmung und Prävention, was von der Bevölkerung auch geschätzt wird. Seit der Eröffnung der neuen Rathausstrasse wird die Zufahrtsbeschränkung besser kontrolliert, da diese nun zu einer echten Fussgängerzone werden soll. Die Verstösse gegen die Zufahrtsregelung sind gering und ein Poller deshalb unverhältnismässig.*

**2. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Allmendverordnung**

Läbigs Lieschtel säge mer immer!

Von verschiedenen Ladenbesitzern und Gastrobetrieben werde ich angefragt, was diese Vorschriften sollen? Beispielsweise ganzjährig gleiche Ständer im Aussenbereich, 1 Meter 50 Abstand zur Hausmauer, Bestuhlungen etc. Wir als Konsumenten wollen Marktstimmung in Liestal und keine unnötigen Vorschriften! Im Moment herrscht grosse Unruhe, auch gegen Aussen, und das ist schlecht! Was gedenkt der Stadtrat gegen diese negative Stimmung zu unternehmen?

*Stadträtin Regula Nebiker: Dem Stadtrat ist betreffend der erwähnten Unruhe nichts bekannt. Die Allmendverordnung ist mit KMU Liestal besprochen worden und wird nun umgesetzt. Man kann schon sagen, dass man eine relativ hohe Zufriedenheit bei den Anwohnern der Rathausstrasse habe. Die Fasnacht ist erst vorbei und der Frühling steht bevor, und so wird man auch bald von der gewünschten Marktstimmung künftig auch vermehrt spüren.*

**3. Frage / Denise Meyer (SVP) - Fernheizkraftwerk: Verpuffung**

Vor einigen Tagen wurden die Bewohner rund um das Fernheizkraftwerk durch – wahrscheinlich eine Verpuffung – aufgeschreckt. Niemand wusste, was genau passiert war. Darum meine Frage: «Weiss der Stadtrat was passiert war? Bestand für die Bevölkerung keine Gefahr? Besteht bezüglich Fernheizkraftwerk ein Notfallkonzept?

*Stadträtin Regula Nebiker: Gemäss Auskunft der EBL ist nach einem Stromausfall aus einem mechanischen Sicherheitsventil Wasserdampf ausgetreten. Der Stromausfall führt zu einem Anstieg des Dampfdrucks im Kessel und bei einem bestimmten Überdruck reagiert dann das für diese Fälle eingebaute mechanische Sicherheitsventil. Dabei entsteht ein lauter Pfeifton, der in der Umgebung wahrgenommen wird. Es hatte keine Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Die Anlage wird jährlich einem Prüfaudit des Schweizerischen Vereins für technische Inspektionen SVTI unterzogen. Es besteht ein Notfallkonzept der EBL.*

**4. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) - Alterssiedlung QP Brunnmatt: Gartentüre, Bäume**

Die im QP vorgesehene Verbindung zum benachbarten Kinderspielplatz wurde gebaut, doch fehlt die für kleine Kinder aus Sicherheitsgründen so wichtige Gartentüre. Frage: Wann wird diese Gartentüre erstellt?

Im QP-Reglement ist im Quartierplan eine öffentliche Fusswegverbindung vom Pfauenhof zum Kinderspielplatz eingetragen. Im Begleitbericht gemäss § 39 RBG, Anhang 7 enthält der Umgebungsplan fünf grosse Bäume sowie ein Durchgang zur benachbarten Siedlung Pfauenhof. Frage: Wann werden die Bestimmungen betreffend Pfauenhof-Fusswegverbindung und genügend grosser Bäume umgesetzt?

*Stadtrat Franz Kaufmann: Er konnte bei einer heutigen Augenscheinnahe feststellen, dass die Bäume vorhanden sind und diese als solche erkennbar sind. Die Bäume werden sicher noch wachsen und grösser werden. Eine Türe zum Spielplatz ist nicht vorgesehen, zumal schon alleine wegen dem Terrain eine gewisse Abgrenzung gegeben ist. Der Durchgang zum Pfauenhof war nicht Bestandteil der Quartierplanung. Der Durchgang zur alten Pfauenhofsiedlung war nicht Bestandteil des Quartierplanes und die jetzigen Besitzer möchten die Fusswegverbindung vorderhand auch nicht erstellen.*

125 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Fussgänger Verbindung - Dringliches Postulat „Bessere Fussgänger Verbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“ der Bau- und Planungskommission (Nr. 2018/75)

Das dringliche Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal  
Bau- und Planungskommission

26.02.2018

**Dringliches Postulat**

**Bessere Fussgänger Verbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal**

*Es boomt rund um den Bahnhof von Liestal: Mit der Annahme des Quartierplans Bahnhofcorso durch die Liestaler Stimmbevölkerung wird das Gebiet des Bahnhofs nun stark weiterentwickelt. Der gleich daran anschliessende Quartierplan Post ist in der Entstehung bereits fortgeschritten und auch für das in unmittelbarer Nähe liegende Lüdin-Areal (bz-Zeitung) ist ein Quartierplan in Planung. Zudem möchte der Kanton das Gerichtsgebäude am Bahnhof erweitern und prüft auch weitere Veränderungen von Liegenschaften der kantonalen Verwaltung in Bahnhofsnähe. Insgesamt entstehen in der Bahnhofregion mehrere Hundert Arbeitsplätze und neuer Wohnraum.*

*Für die BPK ist deshalb die Anbindung des Bahnhofsbereichs an das Stedtli für den Fussgängerverkehr von absolut zentraler Bedeutung, damit auch die Altstadt von den zusätzlichen Einwohnern und Arbeitsplätzen in der Bahnhofregion in hohem Masse profitieren kann. Die bestehenden Verbindungen via Allee, entlang der Bahnhofstrasse/Rheinstrasse und entlang der Poststrasse sind dazu nicht attraktiv genug.*

**Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Erschliessung zwischen der Altstadt und dem Bahnhofareal für Fussgänger verbessert und attraktiver gestaltet werden kann. Dabei sollen im Rahmen der laufenden Quartierplanungen und Bauprojekten bestehende Wegverbindungen verbessert oder auch neue Wegverbindungen in Betracht gezogen werden.**

*Das Postulat wird als dringlich eingereicht, weil insbesondere die Verhandlungen um die Erstellung des Quartierplans Post schon begonnen haben und deshalb dem Stadtrat die neue Aufgabenstellung möglichst rasch übergeben werden muss.*

*Für die Bau- und Planungskommission des Einwohnerrats Liestal*

*sig. Thomas Eugster  
Präsident*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass der neue Vorstoss gemäss § 47 des Geschäftsreglementes behandelt würde, sollten dies 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder beschliessen. Aktuell sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Zuallererst geht es nun darum, ob der BPK-Vorstoss als dringlich erklärt wird und die Überweisung des Postulates an der heutigen oder erst an der nächsten Ratssitzung beraten und beschlossen werden soll.

Thomas Eugster (FDP) begründet als Postulant und als BPK-Präsident die Dringlichkeit des Vorstosses damit, dass im Bahnhofgebiet nach der Verabschiedung des QP Bahnhofcorso der QP Post am entstehen ist und auch beim Lüdin-Areal ein weiterer QP entstehen wird. Auch soll das Regierungsgebäude aufgestockt werden. Folglich wird es viele Leute geben, welche neu im Bahnhofgebiet wohnen und arbeiten werden. Es ist deshalb enorm wichtig, dass die erwähnten Gebiete gut an das Stedtli angebunden sind. An der heutigen Sitzung

wird auch die Idee bzw. das Postulat „Elefantenbrüggli“ mit dem BPK-Bericht Nr. 2016/256b beraten. Die BPK ist bei der Vorberatung zum Entschluss gekommen, dass das Elefantenbrüggli nicht die richtige Lösung ist und dennoch muss die Anbindung an das Stedtli insgesamt verbessert werden. Es ist deshalb wichtig, dass der Rat an der heutigen Sitzung die Überweisung des BPK-Vorstosses für eine bessere Fussgängerverbindung zwischen der Altstadt und dem Bahnhofareal an den Stadtrat überweist, bevor die vorgängig erwähnten Quartierplanungen geschmiedet werden. Die Dringlichkeitserklärung des BPK-Postulates Nr. 2018/75 sowie die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat an der heutigen Sitzung ist deshalb äusserst wichtig.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Dominique Meschberger (SP) berichtet, dass die SP-Fraktion die Dringlichkeit des Vorstosses unterstütze.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass sich aus dem Rat niemand mehr zur Dringlichkeit des Vorstosses äussern möchte.

://: Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung die Dringlichkeit des BPK-Postulates Nr. 2018/75.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) äussert, dass sich die Ratsmitglieder nach der Dringlichkeitserklärung des Vorstosses nun zum Inhalt und der Überweisung des Vorstosses äussern können.

Thomas Eugster (FDP) stellt den Ordnungsantrag, dass zuerst das Geschäft und Postulat Nr. 2016/256 „Elefantenbrüggli“ behandelt wird. Erst danach soll die weitere Behandlung des neuen Vorstosses und Postulates Nr. 2018/75 behandelt werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass sich aus dem Rat niemand zum Ordnungsantrag und einer weiteren Traktandenlisten-Änderung äussern will.

://: Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag des BPK-Präsidenten Thomas Eugster (FDP) grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen zu, das Traktandum „Elefantenbrüggli“ (Nr. 2016/256) vor dem Dringlichen Postulat „Fussgängerverbindung zwischen Altstadt und Bahnhofareal“ (Nr. 2018/75) zu behandeln.

*[ Beratung und Beschlussfassung betr. Postulat Nr. 2016/256 „Elefantenbrüggli“ ]*

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass der Rat nach der Behandlung des Postulates „Elefantenbrüggli“ (Nr. 2016/256) nun darüber beraten und beschliessen kann, ob er das BPK-Postulat Nr. 2018/75 an den Stadtrat überweisen möchte.

Thomas Eugster (FDP) meint als BPK-Präsident, dass auch an der heutigen Sitzung mehrmals auf die Wichtigkeit einer guten und attraktiven Verbindung zwischen dem Bahnhof und der Altstadt hingewiesen wurde, weshalb von der BPK auch das Postulat Nr. 2018/75 eingereicht wurde.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, dass Liestal mit seiner neuen Rathausstrasse zu einem Geschäfts- und Kulturzentrum werden kann, doch braucht es dafür auch eine attraktive Verbindung vom Bahnhof ins Stedtli. Die Antwort der Grünen Fraktion darauf ist, dass vom Bahnhof ein bequemer und weiträumiger Boulevard vom hinteren Gerichtsgebäude-Platz wie auch vom Postplatz zum Allee-Park führt, welcher zum Verweilen einladet. Danach geht es weiter zum shoppen in der Rathausstrasse. Mit einem Allee-Park würde sich Liestal deutlich von anderen Einkaufszentren abheben. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Markus Rudin (SVP) erläutert, dass der Bevölkerung bereits bei der Abstimmung QP Bahnhofcorso eine attraktive Fussgänger Verbindung vom Bahnhof ins Stedtli versprochen wurde. Mit der Verlagerung des Bahnhofplatz-Zentrums dürfte der kürzeste Weg vermutlich nicht mehr derjenige vom Bahnhof über den Postplatz durch die Allee sein. Seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen, damit weitere Lösungsvarianten geprüft werden können.

Patrick Mägli (SP) informiert, er verzichte auf Wiederholungen und teile lediglich mit, dass seine Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen werde.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) legt dar, auch die Mittefraktion wird das Postulat an den Stadtrat überweisen.

Bernhard Bonjour (SP) warnt davor, dass immer wieder votiert und geschrieben wird, dass die jetzige Verbindung vom Bahnhof ins Stedtli unattraktiv sei. Solche Negativaussagen wurden in der Vergangenheit auch mehrmals betreffend angeblich fehlenden Parkplätzen gemacht, bis dann in der Bevölkerung auch das Gefühl aufgekommen ist, dass man in Liestal gar nicht mehr parkieren kann. Der schlechte Ruf betreffend unattraktiven Verbindungen vom Bahnhof ins Stedtli sollte deshalb auch hier im Rat nicht mehr weiter gepflegt werden.

Stadtrat Franz Kaufmann teilt mir, dass er bereits vorgängig gesagt habe, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2018/75 an den Stadtrat überwiesen.

**126 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Elefantenbrüggli - Bericht Bau- und Planungskommission (BPK) zum stadträtlichen Bericht betreffend Postulat „Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum - Elefantenbrüggli“ von Bruno Imsand der FDP-Fraktion (Nr. 2016/256)**

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2016/256b vor: Die BPK behandelt die Vorlage an drei Sitzungen (08.01.18, 23.01.18 und 05.02.18) und von der Stadt ist man über den aktuellen Stand des QP Post informiert worden. Betreffend den Rahmenbedingungen sei nochmals erwähnt, dass eine Planung des Elefantenbrüggli nur im Rahmen der Quartierplanung Post möglich ist. Das Brüggli würde vom Postgebäude bis zum Elefantentor geführt und bei der Beratung des Postulates war noch nicht klar, ob die Privateigentümer dem Projekt zustimmen würden. Er möchte auf die Schwerpunkte der BPK-Beratung eingehen und festhalten, dass die Planung der Brücke nur im QP Post erfolgen kann, was von mehreren Kommissionsmitgliedern als unglücklich empfunden wurde, denn mit der Postüberbauung, Gestaltung der Allee und Brücke im gleichen Quartierplan würde das Fuder halt schon überladen. Und im Falle einer Ablehnung des Quartierplans wären auch die Planungsgelder von CHF 300'000.-- vollumfänglich verloren. Einige Kommissionsmitglieder sehen in der Verbindung mit dem QP Post ein grundsätzliches Problem, weil sie diesen gemäss dem aktuellen Planungsstand wahrscheinlich nicht unterstützen könnten. Auch wurde diskutiert, ob denn eine vollständige Planung nötig ist oder ob eine planerische Sicherung nicht auch genügen würde. Dies würde jedoch für den QP Post eine empfindliche Planungsunsicherheit geben, denn die Nutzung mit oder ohne Brücke dürfte recht unterschiedlich sein. Der Weg einer rein planerischen Sicherung soll deshalb nicht eingeschlagen werden. Das Kosten- und Nutzenverhältnis der Brückenlösung ist von allen Fraktionen als sehr schlecht beurteilt worden. Die prognostizierten Kosten von über 3,25 Mio. sind sehr hoch, stehen doch noch weitere grössere Projekte an, welche realisiert werden sollten. Andererseits ist der effektive Nutzen der Brücke unklar, endet doch die Brücke an einem unattraktiven Lage im Fischmarkt und die Fortsetzung der Verbindung in die Rathausstrasse ist noch nicht definiert. Auch mit dem Eigentümer vom Elefantentor müssten noch Verhandlungen geführt werden. Auch muss mit der künftigen Hauptnutzung des Bahnhofareals geklärt werden, wo die Schwerpunkte betreffend der Verbindung ins Stedtli liegen. Und anstelle der Investitionen von rund 3,5 Mio. Franken könnten andere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Stedtli finanziert werden, welche schlussendlich einen besseren Kosten- und Nutzeneffekt haben dürften. Die BPK beantragt deshalb dem Rat die Ablehnung des Planungskredites von CHF 300'000.-- gemäss stadträtlichem Antrag. Die Anbindung des Bahnhofsbereichs an das Stedtli hat auch ohne Elefantenbrüggli dennoch eine absolut zentrale Bedeutung, was ja mit dem neuen BPK-Postulat Nr. 2018/75 „Bessere Fussgänger Verbindung zwischen Altstadt und Bahnhofsbereich“ thematisiert wird. Betreffend den einstimmig beschlossenen BPK-Anträgen wird auf den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2016/256b verwiesen.

Werner Fischer (FDP) hält stellvertretend für den heute abwesenden Postulanten Bruno Imsand fest, dass mit dem Vorstoss die Variantendiskussionen betreffend einem attraktiven Zugang vom Bahnhof ins Stedtli bezweckt wurde. Dem Postulanten und der FDP-Fraktion ist die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung mit dem Elefantenbrüggli zu wenig attraktiv und auch das Preis-/Leistungsverhältnis stimmt nicht. Man ist sich wohl bewusst, dass der Detailhandel im Stedtli mit der Realisierung des Elefantenbrüggli rechnet. Persönlich ist er der Meinung, dass man anfänglich mit einem offenen Wettbewerb den Zugang vom Bahnhof ins Stedtli hätte prüfen sollen, was mit dem offen formulierten Postulat durchaus auch möglich gewesen wäre. Auch ist man vom Siegerprojekt des Post-Wettbewerbes nicht ganz überzeugt, ist doch die freie Sicht vom Bahnhof auf die Altstadt nicht gewährleistet, da beispielsweise der Mc Donald am bestehenden Standort bleibt und auch die bestehenden Bachufermauern sowie die Parkplätze in der Allee für die Realisierung eines Brüggli grössere Pro-

bleme und Hindernisse darstellt. So kann im Vergleich der Durchgang und die Verbindung vom Manor in das Stedtli als geradezu ideale Lösung bezeichnet werden. Die FDP-Fraktion wird die Anträge der BPK unterstützen und somit den beantragten Planungskredit ebenfalls ablehnen.

Patrick Mägli (SP) informiert, dass sich die SP-Fraktion mehrheitlich den BPK-Anträgen anschliessen wird. Es ist gut, dass vom Stadtrat die Option Elefantenbrüggli eingehend geprüft hatte. Seine Fraktion ist aber grossmehrheitlich schon auch der Meinung, dass das Elefantenbrüggli nicht die ideale Lösung für eine Anbindung der Altstadt an das Bahnhofgebiet ist. Wegen den bekannten Problemen beim QP Post dürfte ja auch die Brüggli-Realisierung wegen der fehlenden Planungssicherheit kaum möglich sein. Die Ablehnung seiner Fraktion basiert nicht nur auf technischen Gründen, sondern hat auch mit grundsätzlichen Überlegungen zu tun. Da Mc Donald am jetzigen Standort verbleibt, wird auch die ursprünglich beabsichtigte Öffnung am betreffenden Ort nicht zustande kommen, um das Elefantenbrüggli realisieren zu können. Auch käme man am Ende der Brücke im Fischmarkt an einem Unort ins Stedtli. Die natürlichen Zugänge werden wohl weiterhin am unteren und oberen Eingang in die Rathausstrasse sein, wobei die Lösung für eine bessere Verbindung zum Bahnhof wohl vom unteren Teil der Rathausstrasse ausgehen dürfte. Die Investitionskosten von 3,5 Mio. Franken sind angesichts des beschränkten Brüggli-Nutzens unverhältnismässig und dieses Geld sollte besser für andere wichtigere sowie dringendere Projekte verwendet werden.

Markus Rudin (SVP) legt dar, auch er sei anfänglich Feuer und Flamme für das Elefantenbrüggli gewesen, doch wurden Schwierigkeiten und Probleme wie der fehlende ideale Standort, die Notwendigkeit einer Treppe von der Post in die Allee, die Notwendigkeit von Privateigentum beim Elefantentor usw. schon bald erkannt. Die Stadt verfügt wohl kaum über die finanziellen Mittel für die Realisierung des Bauprojektes von 3,5 Mio. Franken, doch vielleicht findet sich ja ein Sponsor, welcher das mögliche Wahrzeichen von Liestal finanzieren würde. Die SVP-Fraktion wird die BPK-Anträge einstimmig unterstützen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) äussert, das Wichtigste sei schon gesagt worden und sie verzichte auf Wiederholungen. Von der Mittefraktion sind bereits bei der Überweisung des Postulates verschiedene Bedenken angemeldet worden und so wird man heute den BPK-Anträgen zustimmen. Liestal verfügt über kurze Verbindungswege und das Elefantenbrüggli war eine durchaus prüfenswerte Idee, doch nach den Abklärungen macht die Realisierung desselben wirklich keinen Sinn. Der Schwerpunkt sollte auf die Allee gesetzt werden, ist diese doch die Verbindungsstelle zwischen dem Bahnhof dem Stedtli sowie Visitenkarte für Liestal. Der Schwerpunkt des Bahnhofes wird sich ja etwas in Richtung Basel verlagern und somit wäre künftig wohl der direkte Weg doch von der Kantonsbibliothek zum Regierungsgebäude. Bei den weiteren Planung müsste auf eher auf dieser Linie eine offene Verbindung gefunden werden, was doch eine echte Herausforderung sein dürfte.

Michael Durrer (GL) erklärt, auch die Grüne Fraktion habe dem Postulat anfänglich positiv und offen gegenüber gestanden, ist doch die Verbindung vom Bahnhof ins Stedtli ein wichtiges Anliegen. Nach den Vorabklärungen der BPK wird man deshalb ebenfalls deren Anträgen zustimmen, damit weitere Alternativen geprüft werden können.

Dominique Meschberger (SP) meint als Anwohnerin der Allee beziehungsweise Seestrasse, dass die Allee tatsächlich ein Platz mit grossem Potential ist und die Lage geradezu ideal für einen Stedtli-park. Dies wiederum würde für das Quartier entlang der Seestrasse eine riesengrosse Aufwertung mit sich bringen. Ein Elefantenbrüggli würde hingegen die Allee und die unter sowie neben dem Brüggli liegenden Quartiere eher abwerten. Sie stelle sich lieber vor, dass die Menschen auch künftig durch die Allee ins Stedtli spazieren, selbst wenn sie dabei gewisse Höhen überwinden müssen.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass es ihm wohl nur mit einem rhetorischen Meisterstück gelingen dürfte, die Meinungen hier im Rat noch drehen zu können. Es zeichnet sich ein kla-

res Bild ab, doch die Ergebnisse der BPK-Vorabklärungen haben logischerweise zu diesem Resultat geführt. Die im Kommissionsbericht erwähnten Probleme liessen sich wohl schon lösen und die Realisierung des Elefantenbrüggli wäre sicher möglich, sollte ein solches tatsächlich mit Herz und Seele gewünscht werden. Auch erste Gespräche mit den Eigentümern des Elefantentor sind grundsätzlich positiv verlaufen. Das Post-Projekt ist komplett überarbeitet worden und die gestern erstmals vorgestellten Entwürfe waren durchaus ansprechend. Auch der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass an der heutigen Sitzung vom Elefantenbrüggli-Projekt definitiv Abschied genommen wird. Und bereits an dieser Stelle kann er darüber informieren, dass der Stadtrat das Postulat Nr. 2018/75 „Fussgängerverbindung“ übernehmen würde, sollte dies der Rat anschliessend beschliessen.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die Anträge abstimmen lässt.

- ://: Der Rat nimmt gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK einstimmig Kenntnis vom Bericht des Stadtrates zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2016/256a vom 30. Oktober 2018.
- ://: Gemäss den gleichlautenden Anträgen des Stadtrates und der BPK schreibt der Rat das Postulat Nr. 2016/256 einstimmig bei 1 Enthaltung als erfüllt ab.
- ://: Einstimmig bei 2 Enthaltungen wird der vom Stadtrat beantragte Planungskredit von CHF 300'000.-- gemäss Antrag der BPK abgelehnt.

127 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bahnhofpaten - Postulat betreffend Bahnhof-Patenschaft von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/71)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Bahnhof Liestal – RailFair  
Bahnhof-Patenschaft**

**Postulat**

*Das SBB-Programm RailFair umfasst neben der Präventionsassistenten und der Schülerbegleitung die Bahnhof-Patenschaft: Engagierte Freiwillige setzen sich mit ihrer Präsenz für ein gutes Gefühl am Bahnhof ein. Sie sensibilisieren Reisende und Passanten auf Fehlverhalten, stehen ihnen aber auch für Auskünfte und kleine Hilfeleistungen zur Verfügung. Bei allfälligen Gewalteskalationen haben sie einen direkten Draht zur Kantonspolizei. Die Bahnhof-Patinnen und -Paten werden für ihre Aufgabe fünf Tage lang geschult. Das Projekt wird als Partnerschaft zwischen SBB und der jeweiligen Stadt oder Gemeinde geführt.*

*Aufgrund diverser Gewaltdelikte führte die Stadt Liestal vor 11 Jahren die Bahnhof-Patenschaft ein, damals als Pilotversuch einer der ersten Städte.*

*In den letzten Jahren wurde es zunehmend schwierig, für den Bahnhof Liestal genügend Freiwillige zu finden. Initiativen der Bahnhofpaten selbst für eine aktive Werbekampagne sind leider im Sand verlaufen.*

*Irgendwann im Herbst hat offenbar der Stadtrat entschieden, den Bahnhofpatenvertrag mit den SBB zu kündigen und ab 1. Januar 2018 nicht mehr in diesem Programm mitzumachen.*

*Für die SBB kam der Stadtrats-Entscheid zur Vertragskündigung offenbar unerwartet und ohne vorherige Kontaktaufnahme.*

*Ich frage mich, was wohl der Grund war, dass sich Liestal aus dem Programm der Bahnhof-Patenschaft der SBB für den Bahnhof Liestal verabschiedet hat. Auch ist für mich unklar, warum dieser Entscheid nicht öffentlich kommuniziert wurde.*

*Die SBB verfolgt das Programm Bahnhof-Patenschaft jedenfalls intensiv weiter, das oberste Gebot heisst dabei nach wie vor Prävention. Wir wissen von gegen 20 anderen Schweizer Städten, welche mitmachen (z.B. Bern, Luzern, Frauenfeld, Uster, Wetzikon). Um den Stellenwert der Bahnhof-Patenschaft zu unterstreichen, hat die SBB zudem neue Uniformen für alle Bahnhofpatinnen und Bahnhofpaten anfertigen lassen (Liestal blieb dabei wegen der erwähnten Vertragskündigung unberücksichtigt).*

*Ausgerechnet der Bahnhof Liestal, welcher in den nächsten Jahren umgebaut werden soll, womit aufgrund abzu-sehender Provisorien der Auskunftbedarf und ein genügendes Sicherheitsgefühl von eminenter Bedeutung sein wird, soll deshalb gemäss Stadtrat diesen nützlichen Präventionsmittels verlustig gehen?*

**Antrag: Wir bitten den Stadtrat, zusammen mit den SBB zu klären und dem ER Bericht zu erstatten, inwiefern eine Fortsetzung resp. Wiederaufnahme des Programms möglich ist und mit welchen Mitteln dabei genügend Freiwillige rekrutiert werden könnten.**

Verena Wunderlin

\* \* \* \* \*

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss zu übernehmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt als Postulantin, dass es gerade während den umfangreichen Bauarbeiten beim Bahnhof wichtig wäre, wenn Ansprechpersonen auf dem Bahnhof zur Verfügung stehen würden. Sie ist davon überzeugt, dass Bahnhofpaten auch in Liestal ohne grösseren Aufwand engagiert werden könnten und sich das nötige Personal leicht rekrutieren lässt.

Benjamin Holinger (GL) meint, dass beim Bahnhof in den nächsten Jahren einiges abgehen wird und Bahnhofpaten wertvolle Dienst leisten könnten. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) findet die Idee der Bahnhofpaten sinnvoll, doch ist man sich in der Fraktion uneinig, ob es dafür ein Postulat braucht, da die Problematik ja bei der Personalrekrutierung liegt, was mit einem politischen Vorstoss ja auch nicht einfacher wird. Seine Fraktion ist sich deshalb betreffend der Postulatsüberweisung an den Stadtrat nicht einig.

Pascale Meschberger (SP) merkt an, dass die SP-Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen wird. Das Bahnhofpaten-Projekt ist in den vergangenen Jahren in Liestal ja gut gelaufen und gemäss Auskunft der Kantonspolizei soll sich die Lage beim Bahnhof nach dem Einsatz der Bahnhofpaten beruhigt haben.

Hanspeter Meyer (SVP) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion das Postulat an den Stadtrat überweisen möchte. Sollten keine Bahnhofpaten rekrutiert werden können, so ist es halt so, wobei der Einsatz von Bahnhofpaten gerade bei den bevorstehenden Bauarbeiten beim Bahnhof wichtig wäre.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass es wohl Sache der Bauherrschaft bzw. SBB ist, während den Bauarbeiten für Ruhe und Ordnung sowie genügend Baustelleneinrichtungen und Signalisationen auf dem Bahnhof zu sorgen.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2017/71 an den Stadtrat überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.  
Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Stefan Fraefel

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann